

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Riese
Herausgeber: Riese
Postfach Nr. 22

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Strehlen, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa bestimmes Blatt.

Verlagskontor
Dresden 1890.
Stroßacker
Riesa Nr. 22.

Nr. 295.

Sonntabend, 19. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,30 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Gegenüberstellung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsunternehmern, Erbkäufungen der Aktien und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Druckfläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite, 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigengebühren: 2 Mark. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Damer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Berlin und Basel.

Wettrennen zwischen Reparationen und Krediten. Zwei große Entscheidungen stehen in diesen Vorweihnachtsstunden bevor. In Basel ist der Kampf um die Reparationen nunmehr soweit gediehen, daß nicht mehr mit allgemeinen Redensarten und weitläufigen Berechnungen um den heißen Brei der Hauptfrage herumgegangen werden kann; in Berlin geht der Stillhalte-Ausschuß der Weltbankiers soeben ein gigantisches Entschuldigungsprojekt für Deutschland auf die einfachsten Formeln gebracht: in Basel kämpft Frankreich wie ein Tiger um seine europäische Herrschaft, in Berlin verteidigen die Angestellten wie der Drache Wafnir im Nibelungenlied ihr Geld.

In Basel sind die entscheidenden Beratungen von dem elfköpfigen Plenum des „Beratenden Sonderausschusses“ zu einem vierköpfigen Unterkomitee hindübergeleitet, bestehend aus dem Deutschen Dr. Meißner, dem Franzosen Professor Ribb, dem Engländer Sir Walter Banton und dem Italiener Professor Beneduco. Sie vertreten zweifellos die vier hauptsächlichsten Reparationsinteressen der Welt. Erprobter steht hier der Vertreter derjenigen Macht, die den Schlüssel der ganzen Reparationsfrage in der Hand hält: der Vereinigten Staaten von Amerika. Mr. Stewart, der amerikanische Delegierte, ist dem Unter Ausschluß aus dem gleichen Grunde ferngeblieben, aus dem er bereits auf den Gesamtvorschlag der Baseler Beratungen verzichtete. Amerika will sich durch diese Zurückhaltung vor einer französischen Heberummelung schützen. Denn einmal muß der Zeitpunkt kommen, an dem der französische Delegierte mit großer Stimme erklärt: Frankreich ist bereit, auf den größten Teil der Reparationen zu verzichten, wenn Amerika in gleicher Höhe seine Kriegsschulden freisetzt. Dann müßte der amerikanische Vertreter nicht etwa nur erwidern, daß dieser französische Verzicht ungenügend sei und daß Frankreich vielmehr die gesamten Reparationen zu zahlen habe, was bereits zu bestimmten neuen weltpolitischen Spannungen führen und das in Washington zwischen Hoover und Laugel getroffene Abkommen durchbrechen würde. In Wirklichkeit dürfte der Amerikaner nicht einmal mit dieser Gegenforderung aufwarten. Denn schon erst hat der amerikanische Kongreß durch seinen Ausschuss erklären lassen, daß an eine Schuldentilgung trotz Hoovermoratorium überhaupt nicht zu denken sei. Was später einmal die Entwicklung laufen, wie immer sie will, vorläufig hat Europa sich mit diesem Bescheid Amerika abzufinden.

Um so gefährlicher wäre es, wenn es Frankreich gelänge, im Baseler Schlußbericht seine Forderungen: Reparationsfiktivierung nur in gleichem Verhältnis zur amerikanischen Schuldentilgung. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß solche Erklärungen nichts sind als bloße Deklamationen, da Deutschland einfach nicht zahlen kann. Diese Ueberzeugung teilen ja auch namentlich die englischen Vertreter in Basel, die ebenso wie die Amerikaner ein Interesse daran haben, daß nicht durch die Reparationen Deutschlands kurzfristige Kredite weiter gefährdet werden. Die Franzosen wären vielleicht bereit, auf diese Sorge Rücksicht zu nehmen, indem sie praktisch für ein oder zwei Jahre auf Zahlungen verzichten. Dafür verlangen sie aber eine grundsätzliche Feststellung, daß Deutschland keinesfalls dauernd zahlungsunfähig sei. Hiergegen läßt sich indessen einwenden, daß eine theoretische Aufrechterhaltung der Reparationslast wie eine ewige Hypothek auf der deutschen Wirtschaft liegen, ihre Kreditwürdigkeit mindern und dadurch auch die in Deutschland sich entwickelnden kurzfristigen Auslandsgelder dauernd gefährden würde. Aus der ganzen französischen Taktik geht hervor, daß es Frankreich nicht so sehr um die materiellen Bestimmungen geht, als um die grundsätzliche Aufrechterhaltung der Verträge, die ihm das politische Übergewicht in Europa sichern. Werden diese erst einmal im Abschnitt „Reparationen“ durchbrochen, dann können auch anderswo die Räder spielen. Das eben will Frankreich verhindern, weil es glaubt, daß vor einer deutschen Revanche nur durch Deutschlands Niederhaltung sichern zu können. Solange nicht diese Wünsche durch guten Willen und gemeinsame Anstrengungen auf beiden Seiten zerstreut ist, läßt sich leider keine Entlohnung eröffnen.

Im Gegensatz zu den Baseler Beratungen scheint der Berliner Stillhalte-Ausschuß kein Provinzialforum, sondern eine richtiggehende Dauerlösung finden zu wollen. Es scheint tatsächlich die Bildung einer Treuhandgesellschaft im Vordergrund der Beratungen zu stehen, die die deutschen Gläubiger durch Schuldverschreibungen, die von den Banken in Zahlung genommen werden, befriedigen soll, während die deutschen Schuldner ihre Schulden in regelmäßigen Ratenzahlungen an die Treuhandgesellschaft abzutragen hätten. Ausgenommen sollen die kurzfristigen Kredite aus dem Warenverkehr sein. Wenn man als Deutschland kurzfristige Verschuldung 12 Millionen Mark annimmt und die Warenkredite mit 3 Milliarden ansieht, so läme man bei diesem Verfahren auf eine jährliche Zahlungsrate, die ungefähr ebenso groß sein dürfte wie der ungefähre Teil der Reparationen, falls man die Verzinsung mitrechnet. Nach einer in Basel erhaltenen Berechnung Sir Walter Bantons betragen Deutschlands Leistungen an das Ausland aus der Tilgung und Verzinsung langfristiger Schulden, sowie der jetzigen Verzinsung der kurzfristigen Auslandsschulden jährlich 1,8 bis 1,85 Milliarden Mark. Das bedeutet, daß bei Annahme des Berliner Projekts Deutschland für seine gesamte Schuldentilgung und -tilgung jährlich zwischen 2,5 und 3 Milliarden Mark an das Ausland zu zahlen hätte. Möglich, daß diese Summe mit äußerster Kraft und harten Entbehrungen aufgebracht werden kann. Aber für Reparationen ist das kein Platz mehr.

Englands Antwortnote an Frankreich.

Der englische Standpunkt in der Schulden- und Reparationsfrage.

London. Der Pariser Korrespondent der Times glaubt, über den Inhalt der gestern in Paris überreichten britischen Antwortnote auf die französische Reparationsentscheidung mitteilen zu können, daß die Note zur Hauptsache aus einer Erörterung der allgemeinen Grundsätze besteht, die die britische Regierung bei den kommenden Verhandlungen beobachten möchte. Detaillierte Vorschläge überlassen der in Basel tagenden Sachverständigenkonferenz überlassen. Die Note soll u. a. eine Uebersicht über die Wirkung der Reparationen und Kriegsschulden enthalten, die als Hauptursache der jetzigen Weltwirtschaftskrise bezeichnet werden. Der Korrespondent will wissen, daß die britische Regierung die Auffassung vertritt, die Befreiung oder Einberührung dieser Ursache wäre das wirksamste und schnellste Mittel zur Heilung der Krise. Die Lage in Deutschland werde von der britischen Regierung als Schlüssel der europäischen Krise angesehen. Die britische Regierung mache sich die Argumente zu eigen, die dafür sprechen, Deutschland in die Lage zu bringen, seine langfristigen Ausleihungen zu bezahlen. Um die Wege zu bezeichnen, auf denen das Problem gelöst werden könne, werde der Biggin-Bericht zitiert.

Die britische Note soll sich auch mit der französischen These befassen, daß die Reparationsentscheidung einen Ueberblick zur Bezahlung der Kriegsschulden abwerfen müßten. Würde dieser Grundgedanke angenommen, dann würde Frankreich unter Umständen nur in eine Herabsetzung der Reparationszahlungen um einen solchen Betrag einwilligen, der Frankreich von seinen Kriegsschulden erlassen würde. Ein solches Verfahren würde Frankreich einen neuen Vorteil bringen.

In der Note soll bei der Erörterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands als ein neu erscheinendes Argument darauf verwiesen werden, daß Deutschland während der letzten Jahre durch Ausleihen aus Großbritannien am Leben erhalten und in den Stand gesetzt wurde, Reparationszahlungen

zu leisten, sowie durch Großbritanniens Politik der offenen Tür eine günstige Handelsbilanz zu erzielen. Großbritannien habe einen gewaltigen Teil der wirtschaftlichen Lasten des übrigen Europas auf seiner eigenen Lasten bezogen. Allein Großbritannien sei nicht mehr imstande, sich eine solche Politik länger leisten zu können.

Der Times-Korrespondent erklärt abschließend, daß die Note die Dringlichkeit des Kriegs- und Reparationsproblems betone. Sie fordere nachdrücklich eine engere Zusammenarbeit. Vorübergehende und halbe Maßnahmen genügen nicht mehr. Daraus dürfe aber nicht geschlossen werden, sagt der Korrespondent, daß die Note irgendwelche aggressive Töne anschläge. Vielmehr sei sie in einer sehr vernünftigen und freundschaftlichen Form gehalten.

„England hat die Reparationen satt.“

Paris. Der englische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Basel hat nach einem Bericht der Journées Industrielle gestern dem Leiter einer großen Bank folgendes erklärt: England hat die Reparationen satt. Wir werden das Pfund Sterling solange nicht stabilisieren, solange die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch den Druck der Reparationen gelähmt wird.

Kein Nachgeben Englands in der Schuldenfrage.

London. In der Unterredung mit dem deutschen Vizekonsul hat Außenminister Simon durchaus die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt und die an sich bestehende Bereitwilligkeit der englischen Regierung zu Verhandlungen betont, jedoch nochmals darauf hingewiesen, daß England an den neuen Plänen im Ausmaß von 50 u. 6. unter allen Umständen festhalten müsse, und daß deshalb Verhandlungen hierüber keinen Nutzen bringen würden.

Eine Erklärung des Stahlhelms.

Berlin. (Funkpr.) Die Bundesführer des Stahlhelms haben zur politischen Lage Stellung genommen. Sie erklären unter anderem:

Der durch die letzte Notverordnung geschaffene Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden. Wir sind der Ueberzeugung, daß durch diese Notverordnung weder die Befriedung des deutschen Volkes noch die Rettung der Wirtschaft erreicht wird.

In der Erkenntnis der kommenden schweren Entscheidungen wird der Stahlhelm in alle politischen Kämpfe, insbesondere in den Kampf um Preußen, mit höchster Aktivität eingreifen.

Der Stahlhelm ist bereit, mit jedem zusammen zu gehen, der ihm ein treuer und aufrichtiger Bundesgenosse sein will. Gegenseitige Achtung und Anerkennung der Gleichberechtigung sind indes die selbstverständlichen Voraussetzungen für jede christliche Bundesgenossenschaft.

Das vorübergehende Unformverbot darf dem Stahlhelm nicht an der Steigerung der mehrspartikalischen Tätigkeit der alten und jungen Frontkämpfer hindern. Gerade im Hinblick auf die schicksalshwere Abwärtsentwicklung werden wir auch ohne unser selbständiges Ehrenfeld bis zum letzten für die Wiedergewinnung der Wehrhoheit des deutschen Volkes werden und kämpfen.

Minister Schiele's Rundfunkvortrag abgelehnt.

Berlin. (Funkpr.) Reichsernährungsminister Dr. Schiele wird, wie wir hören, seinen für Montag, den 21. Dezember angelegten Rundfunkvortrag wegen des Weihnachtsfriedens nicht halten.

Eröffnung der brandenburgischen Landwirtschaftskammer.

Wahlgang der Nationalsozialisten.

Berlin. (Funkpr.) Die brandenburgische Landwirtschaftskammer trat heute in Berlin zu einer Tagung zusammen. Von Beginn an zeigte sich zwischen den Nationalsozialisten und dem Landbunde eine gewisse Spannung, da die Nationalsozialisten, die bei den Reichswahlen zur Landwirtschaftskammer 66 Prozent aller Sitze erhalten haben, entsprechende Vertretung im Vorstand und in allen Ausschüssen verlangten. Der Landbund hat dadurch, daß die vor drei Jahren auf sechs Jahre gewählten Mitglieder mit wenigen Ausnahmen zum Landbund gehören, noch eine starke Mehrheit in der Landwirtschaftskammer. Die Folge war die Ablehnung aller nationalsozialistischen Wahlvorschläge. Zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer wurde der Landbundkandidat Rittergutsherr Dopen-Dannemann gewählt. Die Nationalsozialisten werden nach Abgabe einer Protesterklärung dem Wahl-

Ben Gai Weinhorn noch immer keine Nachricht.

Berlin. (Funkpr.) Von der Fliegerin Ben Weinhorn liegt noch immer keine Nachricht vor. Vom Fliegercorps in Bagdad unternommene Nachforschungen sind bisher ergebnislos geblieben. Es soll jetzt der Versuch gemacht werden, von Deutschland aus mit Hilfe der Firma Junkers eine sofortige Suche nach Ben Weinhorn zu organisieren.

Das bevorstehende japanische Ultimatum an China.

Tokio. (Funkpr.) An ausländischer Stelle wird berichtet, daß Japan demnächst ein Ultimatum an die chinesischen Behörden richten werde, in dem es die Zurückziehung der chinesischen Truppen von Tschintschan hinter die große Mauer innerhalb einer noch festzusetzenden Frist verlangen werde. Wie verlautet, wird der japanische Oberbefehlshaber, General Honjo, gleichzeitig erklären, daß seine Armee die chinesischen Truppen zurückzuschlagen müsse, wenn diese die Bedingungen des Ultimatus nicht erfüllten.

Parteiuniformen und Abzeichen im Heildorf-Prozess verboten.

Berlin. (Funkpr.) In der heutigen Verhandlung des Heildorf-Prozesses erklärte der Vorsitzende, er müsse feststellen, daß verschiedene Angeklagte, darunter Graf Heildorf, in einer Kleidung erschienen seien, die auf eine bestimmte politische Tätigkeit hindeute. Er werde das in Zukunft nicht mehr dulden, da der Gerichtsaal kein Schauplatz für politische Kundgebungen sei.

Ein Teil der Angeklagten trug braune Jacken, Hosen oder andere Parteiabzeichen, die auf der Straße unter dem Mantel verdeckt waren.

Deutschlands Schulden an Amerika

Washington, 19. Dezember.

Vor dem Finanzausschuß des Senats erklärte der Mitinhaber der Firma J. P. Morgan, Lamont, seit Kriegsende habe seine Firma an Frankreich 300 und an Deutschland 108 Millionen Dollar Anleihen vermittelt. Lamont betonte, daß kein Grund bestehe, an der Bereitwilligkeit Deutschlands, diese Summen zurückzahlen, zu zweifeln. Etwa 90 Prozent der amerikanischen Banken seien an den deutschen Anleihen beteiligt, und fast alle Stücke seien an das amerikanische Publikum weiterverkauft worden. Der Umfang der deutschen kurzfristigen Kredite bei amerikanischen Banken sei zwar reichlich groß, gefährde jedoch nicht ihre Liquidität.